

Vertraulich !

Ministerratsprotokoll Nr. 65
vom 30. März 1921

Anwesend:

Bundeskanzler Dr. M a y r, Vizekanzler B r e i s k y sowie die Bundesminister Dr. G l a n z, Dr. G r i m m, H e i n l, Dr. P e s t a und Dr. G r ü n b e r g e r.

Zugezogen:

Vom Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft: Vizepräsident Dr. P a n t z;
zu Punkt 3: Vom Bundesministerium für Äußeres: Sektionschef O p p e n h e i m e r und Sektionschef Dr. S c h ü l l e r.

Vorsitz:

Bundeskanzler Dr. M a y r; in der Folge Vizekanzler B r e i s k y

Dauer: 18.00 – 20.00

Reinschrift (4 ½ Seiten), Konzept, unterfertigte Präsenzliste, zweifaches Stenogramm, kein Beschlussprotokoll

I n h a l t:

1. Exkaiser Karl in Ungarn.
2. Vorschlag der französischen Regierung auf kompensationsweise Einfuhr von Saarkohle nach Österreich.
3. Bericht über die Verhandlungen in London und Paris.

Beilagen

Beilage zu Punkt 1, Bundesministerium für Inneres und Unterricht, ohne Zahl; Telephondepesche der Grenzschutzleitung Wr. Neustadt, betreffend die Reise des Exkaisers Karl nach Ungarn

Beilage zu Punkt 2, [Bundesministerium für Handel, Gewerbe, Industrie und Bauten], ohne Zahl; Ministerratsvortrag (3 ½ Seiten): Vorschlag der französischen Regierung auf Kompensationsweise Einfuhr von Saarkohle nach Österreich; Meldung an den Herrn

Bundesminister betreffend Saarkohle vom 23. März 1921 (3 Seiten)

1.

Exkaiser Karl in Ungarn.

Einleitend erörtert der *Vorsitzende* die durch die Reise des Exkaisers Karl nach Ungarn geschaffene politische Lage und macht weiters Mitteilungen über die Verfügungen, welche wegen Verschärfung des Grenzschutzdienstes getroffen worden sind.

Der Ministerrat nimmt diese Mitteilungen genehmigend zur Kenntnis.

2.

Vorschlag der französischen Regierung auf Kompensationsweise Einfuhr von Saarkohle nach Österreich.

B.-M. *Heinl* bespricht das Anbot der französischen Regierung wegen Überlassung von Saarkohle an Österreich. Nach dem von den Berliner maßgebenden Kreisen eingenommenen Standpunkte würde die Erwerbung von Saarkohle durch Österreich als ein unfreundlicher Akt gegenüber Deutschland angesehen werden. Ganz abgesehen von sonstigen Gründen habe Österreich das größte Interesse daran, mit dem Hauptlieferanten der für die Kohlenversorgung Österreichs maßgebenden oberschlesischen Kohle in guten Beziehungen zu bleiben, da jede Störung im Bezuge der oberschlesischen Kohle die Kohlenversorgung Österreichs aufs ernsteste gefährden würde.

Infolge der ungünstigen Verkehrsverhältnisse sei übrigens bereits seit jeher der Bezug von Kohle aus den westlichen deutschen Gebieten, das ist aus dem Ruhr- und Saarreviere, nur im beschränkten Maße möglich gewesen. Gegenwärtig seien die Verkehrsschwierigkeiten an den Grenzübergängen, insbesondere in Passau und Salzburg noch erheblich vermehrt, so daß nur kleine Mengen auf diesem Wege nach Österreich gelangen können, zumal bereits der dermalige Bezug von monatlich 15.000 Tonnen mitteldeutscher Briketts und die bevorstehende Lieferung von monatlich 35.000 Tonnen Ruhrkoks für die Alpine Montangesellschaft diese Strecke nahezu zur Gänze in Anspruch nehmen werden.

Was den Vorschlag der französischen Regierung, nach Österreich Saarkohle gegen die Lieferung von Holzschliff und Zellulose zu liefern, anbelange, ergebe sich dessen Unannehmbarkeit aus folgenden Gründen: Vor allem würde beim Bezuge von Saarkohle Deutschland sofort die gegenwärtige Lieferung von monatlich 6000 Tonnen niederschlesischer Steinkohle und 15.000 Tonnen mitteldeutscher Briketts einstellen, ohne daß Österreich infolge der oben geschilderten Verkehrsschwierigkeiten die Gewähr hätte,

größere Mengen von Saarkohle nach Österreich bringen zu können. Naturgemäß würde Deutschland auch bei der Lieferung oberschlesischer Kohle Schwierigkeiten machen können. Weiters werde als Preis der Kohle jene Summe genannt, die Deutschland für die Lieferung seiner Kohle von Frankreich erhalte. Dieser Preis beziffere sich auf den deutschen Inlandspreis vermehrt um zwei Goldmark für die Tonne. Da eine Goldmark heute 2150 Kronen betrage, bedeute bloß der Zuschlag von zwei Goldmark eine Erhöhung des Preises um 43.000 Kronen pro zehn Tonnen; dieser Zuschlag allein überschreite daher schon den für die oberschlesische Kohle von Österreich jetzt zu bezahlenden Preis, ganz abgesehen davon, daß die Saarkohle von Privathändlern schon wesentlich billiger angeboten worden sei, und zwar mit etwa 45.000 Kronen loko Grube. Schließlich sei die Lieferung von Holzschliff in den verlangten Mengen von 3000 Tonnen monatlich gänzlich unmöglich, da die gesamte österreichische Produktion bloß 3300 Tonnen monatlich betrage, wovon der Eigenbedarf der Papierfabriken mit 1800 Tonnen abzuziehen sei, so daß für die Ausfuhr bloß 1500 Tonnen zur Verfügung stehen würden. Da die Betriebe mit Wasserkraft arbeiten, könne die Produktion auch durch Besserung der Kohlenversorgung nicht gesteigert werden.

Hinsichtlich der Zellulose sei zu bemerken, daß in Österreich im allgemeinen Mangel herrsche und daß Zellulose aus der Tschechoslowakei noch eingeführt werden müsse. Nur eine einzige Fabrik in Hallein, die mit amerikanischer Kohle arbeite, exportiere $\frac{2}{3}$ ihrer Produktion, während sie $\frac{1}{3}$ inländischen Papierfabriken zur Verfügung stellen müsse.

Die Preise, die von Frankreich geboten werden, seien übrigens niedriger als die im Export bereits erzielten Preise. Während für Holzstoff von Frankreich ein Preis von 30 Kronen geboten werde, erziele man derzeit einen Ausfuhrpreis von 35-40 Kronen für 1 Kilogramm; der angebotene Preis für Zellulose betrage 50, beziehungsweise 62 Kronen für 1 Kilogramm, während im Export ein Preis von 70-80 Kronen bereits erzielt werde.

Aus allen diesen Gründen sei das Anbot nicht annehmbar, es müsse vielmehr neuerdings betont werden, daß eine Behebung des Kohlenmangels in Österreich nur durch erhöhte Kohlenlieferungen aus der Tschechoslowakei und Oberschlesien erreicht werden könne.

In diesem Sinne sei das Ministerium für Äußeres ersucht worden, in seiner Antwortnote dafür einzutreten, daß die französische Regierung es erwirke, es möge Österreich die erforderliche Mehrmenge von mindestens 200.000 Tonnen oberschlesischer Kohle zur Verfügung gestellt werden.

In der sich hierüber entwickelnden Debatte tritt eine mit den Darlegungen des B.-M. H e i n l übereinstimmende Auffassung des Ministerrates zutage.

Der Vorsitzende wird abschließend eingeladen, diese Angelegenheit in der morgigen

Sitzung des Ausschusses für Äußeres zur Sprache zu bringen und vor allem mitzuteilen, daß die Regierung in der Frage des Bezuges von Saarkohle mit Frankreich in Verhandlungen eingetreten sei, die derzeit noch fortdauern.

3.

Bericht über die Verhandlungen in London und Paris.

Der V o r s i t z e n d e erinnert daran, daß die österreichische Regierung bereits seit langem bemüht gewesen sei, eine Erörterung der österreichischen Frage bei der Londoner Konferenz der alliierten Mächte durchzusetzen. Es habe die Gefahr bestanden, daß die Angelegenheit verschleppt werde oder ohne unsere Mitwirkung eine unerwünschte Lösung finde. Hinsichtlich des äußeren Verlaufes der Reise auf die dieserhalb veröffentlichten Berichte hinweisend, erörtert Redner die Ergebnisse der von der Regierung unternommenen Schritte und bemerkt, daß es nicht gelungen sei, die alliierten Hauptmächte dazu zu bewegen, auf ihre uns gegenüber bestehenden Forderungen aus dem Titel der Lebensmittelkredite, der Wiedergutmachung u. dgl. vollständig zu verzichten; wohl aber sei erreicht worden, daß unsere Aktiven und Staatseinnahmen dergestalt frei gegeben wurden, daß die zurückgestellten Ansprüche der Alliierten der Beschaffung neuer Kredite nicht im Wege stehen. Weder die Höhe der Kredite, die gegen Gewährung von Sicherheiten aufgenommen werden könnten, noch deren Dauer sei beschränkt. Auch sei die Übertragung der Aktion an den Völkerbund nur zu begrüßen, weil die Gefahr der Einmischung in unsere inneren Angelegenheiten dadurch vermieden werde, zumal wir selbst dem Völkerbunde als Mitglied angehören, und weil wir auf diese Weise eine moralische Unterstützung und Schutz vor übermäßiger Ausbeutung erhalten. Von entscheidender Bedeutung werde es sein, ob wir auf der von der Londoner Konferenz festgelegten Grundlage die zur Stabilisierung unseres Geldwertes und zur Sanierung unserer Finanzen notwendigen, ausreichenden und dauernden Kredite erhalten werden. Das finanzielle Komitee des Völkerbundes sei in Paris bereits mit der Beratung der österreichischen Frage beschäftigt und habe neben den Bedingungen für die ausländischen Anleihen auch die Voraussetzungen einer inneren Anleihe mit garantiertem Goldkurse in den Kreis seiner Betrachtungen gezogen.

Was die einzuräumenden Sicherstellungen anbelange, kämen zunächst die Zolleinnahmen und das Tabakmonopol in Betracht. Die Regierung werde darauf sehen müssen, daß die Einnahmsquellen des Bundes nicht in einem höheren Maße gebunden werden, als es durch die Höhe der erhaltenen Kredite gerechtfertigt wäre. Gleichzeitig werde freilich auch im Innern alles aufgeboten werden müssen, um zu einer möglichst sparsamen Wirtschaft zu gelangen.

Redner erwähnt sodann, daß ihm der Abbau der österreichischen Sektion der Reparationskommission zugesagt worden sei. Auch in der Bankfrage hätten sich günstigere Aussichten eröffnet. Weiters sei zu erwarten, daß das neuerliche Verlangen nach Ablieferung von Vieh werde zurückgezogen werden.

Zu den politischen Fragen übergehend teilt Redner mit, daß in der westungarischen Frage befriedigende Zusicherungen der maßgebenden Entente-Staatsmänner gegeben worden seien. Die Übereinstimmung unserer Auffassung mit jener der französischen und englischen Regierung habe zweifellos festgestellt werden können. Auch sei in London wie in Paris bestimmt zugesagt worden, daß die Ratifikation des Friedensvertrages von Trianon von den dortigen Parlamenten ehestens erfolgen werde.

Was das Anschlußproblem anbelange, berichtet Redner, daß die gegenwärtige Anschlußbewegung sowohl in England wie in Frankreich für einen politischen Fehler gehalten werde. Redner habe demgegenüber darauf verwiesen, daß die gegenwärtige Regierung von allem Anfang an dahin gestrebt habe, den Wiederaufbau Österreichs vorzubereiten und nach Möglichkeit durchzuführen. Sie wolle den Staatsvertrag von St. Germain in loyaler Weise durchführen. Diese Absicht der Regierung sei jedoch ohne eine möglichst rasche Hilfsaktion der auswärtigen Mächte nicht zu verwirklichen. Sollte diese Hilfsaktion, die nun in dem Völkerbundprojekte endlich eine bestimmte Gestalt angenommen habe, nicht ermöglicht werden, dann müsse die Regierung eben den anderen ihr übrig bleibenden loyalen Weg beschreiten und sich an den Völkerbund wenden, um die Frage des Anschlusses zur Entscheidung zu bringen.

Abschließend meint Redner, daß sonach der Völkerbund die Aufgabe erhalten habe, unseren Wiederaufbau durchzuführen. Gleichzeitig würde er über unseren allfälligen Anschluß an das Deutsche Reich zu entscheiden haben. Wenn die Regierung ernst genommen werden wolle, dürfe sie aber nicht gleichzeitig das eine und das andere verlangen. Er erbitte sich vom Ministerrate die Ermächtigung, dem Ausschusse für Äußeres bei seiner morgigen Sitzung ein in dem vorgezeichneten Sinne ausgearbeitetes Referat erstatten zu dürfen.

B.-M. Dr. Grimm macht darauf aufmerksam, daß nach dem erörterten Kohlenbelieferungsprojekt, das auf Kompensationen beruhen solle, besondere Erlöse für das Ärar nicht zu erzielen wären, wodurch ein wichtiger Faktor des Finanzplanes in Wegfall käme. Es sei unerläßlich, daß ein möglichst hoher Kredit erwirkt werde, damit unser Defizit nach Möglichkeit abgebaut werden könne. Jedenfalls sei die Gewährung von Auslandskrediten die Voraussetzung für die Sanierung unserer Staatsfinanzen. In diesem Sinne habe Redner auch stets seinen Standpunkt vertreten. In den heute vorliegenden

Pressemeldungen sei jedoch zu seinem lebhaften Befremden eine andere Auffassung zum Ausdruck gelangt. Die in Paris angeblich erhobene Forderung, daß Österreich zunächst eine innere Anleihe aufzunehmen hätte und dann erst Kredite vom Ausland erhalten solle, empfinde Redner als den in London und Paris unsererseits abgegebenen Äußerungen völlig entgegenstehend und in ihren Wirkungen geradezu katastrophal. Er beantrage, daß an den österreichischen Gesandten in Paris eine Depesche mit der Weisung gesendet werde, er möge mit allem Nachdrucke dahin wirken, daß die innere Anleihe nicht an erste Stelle gerückt werde. Erst wenn durch den Auslandskredit unsere Währung stabilisiert sei, dann erst könne man eine innere Anleihe begeben.

Nach kurzer Debatte nimmt der Ministerrat den Bericht über die Ergebnisse der Londoner und Pariser Verhandlungen genehmigend zur Kenntnis, erteilt dem Vorsitzenden die von ihm erbetene Ermächtigung und erteilt schließlich seine Zustimmung zur Absendung der vom B.-M. Dr. G r i m m beantragten Depesche an den österreichischen Gesandten in Paris.

Stenogramm

<p>Pantzer Schüller Oppenheimer Duffek</p> <p>65. 30./III. 21</p> <p>Mayr: Hauptsache wird der Finanzminister zu berichten haben.</p> <hr/> <p>Die sozialdemokratischen Clubbeschlüsse morgen Interpellation im äußeren Ausschuss. Frage des Durchzugs, will sie unterstützen. Schager als Gesamt... ist unerträglich. Glanz: Grenzschutz.</p> <hr/> <p><u>London und Paris.</u> Unterlassen auf die unsere Details. Lld G. sehr liebenswürdig. Verhandlungsmaterial der Kommissionssitzungen. Ergebnis der finanziellen Verhandlung.</p> <p>Heinl: Bericht Kloß Saar-Kohle. Erwerbungen von Saar-Kohle ist unfreundlicher Akt gegenüber Deutschland. Löhne in Franc ohne Schmälerung der Lieferverpflichtung Deutschlands. Bericht ...</p>	<p>Pantzer Schüller Oppenheimer</p> <p>30/III.</p> <p>Verhandlungsmaterial während der Kommissionssitzungen und das finanzielle Ergebnis in London, dann die Kohleverhandlungen in Paris (Paris).</p> <p>Heinl: Kohle? Österreich hat seit jeher Kohle vom Saar-Revier bezogen. Eine Reihe von Anboten eingelangt. Kloss nach Berlin gefahren mit Vertreter der Industrie. Die Deutschen haben dringend gebeten, von Ankauf von Saar-Kohle abzusehen (unfreundlicher Akt gegenüber Deutschland). Frankreich ist mit Kohle überfüllt, hat daher Interesse, Kohle abzugeben, ohne aber Deutschland zu entlasten. Deutschland hat uns alles ersetzt für solche n. sl.Kohle ... angeboten. (6000 Tonnen plus 15.000). Das Telegramm Frankreichs hat mich veranlasst, die uns genannten Preise durchzurechnen.</p>
--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

<p>Nun stellt sich die Situation folgendermaßen dar: In dem französischen Telegramm verlangen die Franzosen von uns den Preis, den Sie an Deutschland zahlen: 2 Goldmark plus normalen Preis: 4300 Kronen pro Tonne. Der Preis des Waggons erhöht sich daher um 43.000 Kronen, also unter keinen Umständen zu bezahlen. Cellulose 1500 Tonnen für Export, 1800 Tonnen für Eigenbedarf. Eine Erhöhung dieser Produkte lässt sich nicht erzahlen, weil Wasserkraft. Wir bekommen heute schon 35 bis 40 Kronen pro Kilogramm für Holzschliff, 70 bis 80 Anbot daher unannehmbar.</p>	<p>Der Normalpreis der Deutschen Mark und 2 Goldmark (4300 Kronen) pro Tonne, also pro Waggon eine Erhöhung um 4300 Kronen. Das Zellulose-Anbot: Die gesamte Produktion beträgt 3300 Tonnen (Inland benötigt 1800 Tonnen), sodass 1500 Tonnen zum Export zur Verfügung stünden. Eine Erhöhung dieser Ziffer ist schwer, weil die Anlagen zumeist mit Wasserkraft arbeiten, Kohle daher hier nichts hilft. Frankreich bietet 30 Kronen, wir erhalten heute schon bis 40 Kronen pro Kilo, im Export bis 80 Kronen. Es wurde aber nicht abgelehnt, wir haben gebeten, uns den Vertreter zu schicken. Ist es [...]</p>
<p>Mayr: Polnische Gesandte war wegen Kohle für Polen aus Oberschlesien. Kohle zum Inlandspreis. Wir sollen mit den Polen zusammengehen. Schüller: Wir haben gar keinen Anspruch aufgrund des Friedensvertrags von Deutschland, zum Inlandspreis Kohle zu beziehen. [23] Wir werden also ablehnen.</p>	<p>Mayr: Die Polen wollen beim [...] Räte eine [...] unternehmen, weil die Deutschen den Polen die Kohle um 50 Prozent teurer liefern als im Inland, während der Friedensvertrag die Gleichheit vorschreibt.</p>
<p>Schüller: Uns ist noch nicht offiziell gesagt worden, dass wir die Kohle zum oberschlesischen Preis bekommen mit französischen Lokomotiven und Waggons. Dazu italienische Eifersucht. Grimm: Müssen wir die Kohle kaufen oder gegen Kredit kreditieren? Wenn wir Sie zum oberschlesischen Preis abgeben müssen, welchen Teil unserer Finanzpreise weg. Mayr: Wir werden also berichten, dass Verhandlung über die Kohlen Angebote schweben und wir hoffen, dass wir auf einen grünen Zweig kommen. Grünberger: Seydonx. Heinl: Es lässt sich nicht anderes machen, als dass wir in der Kohlenfrage einvernehmlich mit dem Deutschen</p>	<p>Schüller: Die Frage der Kohlenlieferungen aus Frankreich und Zellulose sind nicht identisch. Zellulose soll nur ein Teil dieser ganzen Aktion sein. Wir müssen abwarten, ob die [...] unter demselben Preis [...] uns die Kohle liefern können. Mayr: Wir müssen morgen berichten über das Angebot Frankreichs und erwähnen, dass uns von verschiedener Seite angeboten wird. Man wird berichten, was in Paris angeboten wurde.</p>

<p>vorgehen.</p> <p>Breisky: Der Preis muss loco Wien [...].</p> <p>Pesta: Ein ständiger [...] konnte mit Rücksicht auf die Belastung der [...] Nicht übernommen werden.</p>	
<p>Hauptverhandlung.</p> <p>Mayr: Die österreichische Regierung hat durchgesetzt, dass die österreichische Frage auf die Tagesordnung der Landeskonferenz gesetzt wird. Es sollte nichts beschlossen werden, was bedenklich wäre, ohne unsere Mitwirkung. Die Einladung nach London ist erfolgt, als die Verhandlungen mit den Deutschen begonnen haben. Die deutschen Verhandlungen sind gescheitert. Die Verzögerung deshalb, weil man die Österreicher gegen die Deutschen nicht ausspielen sollte. Über das Ergebnis: Nicht vollständig verzichtet, sondern zurückgestellt. Der zurückgestellte Anspruch ist keine Grundlage für neue Forderungen.</p> <p>Weder die Höhe der Kredite war beschränkt.</p> <p>Die Übertragung an den Völkerbund ist zu begrüßen.</p> <p>Schutz gegen Ausnützung.</p> <p>Entscheidend, ob wir auf der Landesbasis notwendig dauernde Kredite erhalten werden. Das hängt davon ab, ob Mächte Garantien geben und auf die Bank Einfluss nehmen werden. Notenbank. Wir werden bald mit dem Kommissar des Völkerbundes über die einzuräumende Sicherheit verhandeln müssen (Frezer und Schuster), welche der freigegebenen Aktivitäten wir für geeignet halten. Zollein... und Tabakwaren. Darüber mit der Volksvertretung. Die österreichische Regierung hat solche Verhandlungen schon geführt. Damals Einspruch der Reparationskommission. Die Aktivitäten dürfen nicht in höherem Maß gebunden werden als gerechtfertigt durch die Höhe der Kredite. Kohle-Zellulose: Teil der</p>	<p>Mayr: Hauptverhandlungen in Paris London: Nach der letzten Pariser Konferenz, in der die Regierung ... bereit wurde, hat sich die österreichische Regierung bemühen müssen, dass diese Sache auf die Londoner Konferenz gebracht wird.</p> <p>Die Haupt... haben auf die gegen uns bestehenden Forderungen nicht völlig verzichtet, sondern für eine Reihe von Jahre sie zurückgestellt. Sie hat aber dadurch doch unsere Aktivierung in einer Weise frei gegeben wird, dass dadurch kein Hindernis auf die Beschränkung von Krediten. Weder die Höhe noch Dauer der Kredite sind beschränkt. Die Übertragung auf den Völkerbund ist zu begrüßen. (Keine Einmischung in unsere inneren Angelegenheiten und aus moralischem Schutz gegen übermäßigen Ausnützung gewährt).</p> <p>Die Kredite hängen von den Garantien und der Einflussnahme auf die Notenbank durch die Großmächte ab.</p> <p>Wir werden bald mit dem Komitee über die einzuräumenden Garantien verhandeln werden. Es wird unsere Sache sein zu bestimmen, welche Aktionen wird zur Erreichung unseres Zwecks freigegeben werden (Tabak und Zölle). Bisher noch keine bestimmten Anträge.</p> <p><u>Verhandlungen in Paris:</u> Kohlenfrage; Abbau der österreichischen Reparations-Kommission. Ferner Bandfrage, für die Anforderung wurde uns versprochen die Zurückziehung.</p>

<p>Mehrerzeugung nach Frankreich ausgeführt. „Soweit dies technisch möglich ist“.</p> <p>Heinl: Abbau der Reparations-Kommission. Hier wird die Reparationskommission ganz aufgehoben. Westungarn zugesagt. Viehlieferung.</p> <p>Grimm: Garantien der Mächte, davon weiß ich nichts. Es ist klar gesagt worden, dass solche Garantien nicht gegeben werden. Avenol hat entgegengesetzt. Abendblatt der „Neuen Freien Presse“ hat mich [...] konsterniert. Telegramm an Fischhoff.</p> <p>Mayr: Über die politische Frage muss ich mich etwas ausführlicher äußern. Von der Anschlussfrage war nicht die Rede. Niemand hat uns gefragt. Erst nebenher kommt man drauf. Curzon, Bankengesetz. London. Der Anschluss an Deutschland wäre für Österreich ein Fehler. Die Agitation in Österreich versteht er nicht. Hat für die Mächte keine Bedeutung. Erweckt Misstrauen. Die Entscheidung liegt ausschließlich in Berlin. Berlin weiß, dass es solche Aktionen nicht macht, dass ...</p> <p>In Paris hat Millerand eine Standrede gehalten. Ich möchte darauf aufmerksam machen, dass wir einen weiteren Schritt tun müssen, wenn wir nicht existenzfähig aufgrund Artikel 88 Völkerbund Ansuchen um Anschluss an Deutschland.</p> <p>Die wird selbst die Sache in die Hand nehmen. Ich habe das sehr trocken gesagt und auch dem Briand. Brück Berthelot und Peretti.</p> <p>Grimm: Ich würde bitten, wegen Länderbankgesetzes, dass die Verhandlungen aufgenommen werden.</p>	<p>Westungarn (Zugesagt, dass zu unserer Gunsten die Entscheidung fallen wird nach Ostern).</p> <p>Grimm: Von Garantien der Mächte kann man nicht sprechen.</p> <p>Mayr: Politische Frage: Anschlussfrage vor dem Obersten Rat ist mit keinem Wort von der Anschlussfrage die Rede gewesen.</p> <p>Bei Lord Curzon ist diese Frage besprochen worden. Er hat gesagt: Der Anschluss an Deutschland wäre für Österreich ein Fehler. Die Agitation in Österreich verstehe er nicht. Sie hat für die großen Mitglieder keine wesentliche Bedeutung. Die Bewegung wird den Österreichern Schaden bringen, weil man Misstrauen gegen sie hegt. Die Entscheidung, ob Ausschuss oder nicht, liegt nun in Berlin und dieses weiß, dass es solche Aktionen nicht machen darf. In Paris hat Millerand uns eine Standrede gehalten. Ich habe geantwortet, dass wir auf dem Boden des Staatsvertrags stehen. Wenn wir keinen Kredit bekommen, werden wir an den Völkerbund gehen müssen. Wenn auch das nicht hilft, dann wird der Staat zugrunde gehen, in sich zurückfallen. Briand, Berthelot und Peretti (Sektionschef im Äußeren).</p>
<p>Breisky.</p> <p>Grimm: Ich habe eine andere Schrift verfasst. Kredithilfe dazu werde ich nicht bekommen. Wegen der Meldungen der Pariser ... Wir haben auf die Finanzfrage: Was brauchen wir durch eine Reihe von ihnen, um uns sanieren zu können?, haben wir geantwortet: Auf 55 Millionen</p>	<p>Grimm: Wir haben den Kredit dem Louch geantwortet auf seine Frage, dass das 55 Millionen Dollar ohne Kohle (mit Kohle 75 Millionen) jährlich wären. [20]</p> <p>Nachdem die Kohle-Erlöse uns jetzt nicht zur Verfügung steht, müssen wir Kredit zu erreichen trachten.</p>

<p>Dollar mit Kohle und ohne Kohle 20 weniger. Die Kohle auf Kredit. Nun bekommen wir aber die Kohle nicht so, dass wir keine Kohlenerlöse erzielen. Wir müssen also einen möglichst hohen Kreditbetrag erwirken, um möglichst unser Defizit abbauen. Wir müssen das was wir nicht an Kredit bekommen, müssen wir durch Ersparung und Vermeidung aller Ausgaben, jede Erhöhung des Defizits, vermeiden. In den Meldungen ist es gerade umgekehrt: Avenol über die österreichische Finanzfrage: Das ist geradezu niederschmetternd: „-Innere Anleihe und dann erst einen ... Kredit.“</p> <p>In diesem Sinn möchte ich ein Telegramm an Eichhoff absenden, dass er Avenol aufmerksam macht. Die inneren Anleihen sollen nicht an die erste Stelle gerückt werden. Erst wenn die (äußere Anleihe) Kredite die Krone auf sicherer Basis stellt, dann erst können wir mit der inneren Anleihe herauskommen. Mit einem solchen Plan wären wir nicht zufrieden.</p> <p>Grünberger: Ich bitte, dass das in einem Satz gestrafft werde, dass die hohen Aufbringungen, die Österreich und Abbau der Zentralen, dass das in Paris gar nicht so gesprochen würde und in London. [22]</p> <p>Grimm: Ist der Ministerrat einverstanden, dass wir den Eichhorn in Kenntnis setzen? Zugestimmt.</p>	<p>Dadurch, dass wir die Kohle</p> <p>Jetzt müssen wir bei den Kredit-Verhandlungen einen möglichst hohen Kreditbetrag erwirken, um möglichst unser Defizit abzubauen. Was wir nicht abdecken können, müssen wir durch Ersparen hinein bringen (also auch eigene Hilfe). In den heutigen Meldungen der Presse ist es leider nicht so. Avenol erklärt, wir müssen aus eigenen Kräften durch eine innere Anleihe die Stabilität unserer Währung herbeiführen und erst dann werden wir Kredite bekommen. Das ist der Fehler: Zuerst müssen die Kredite kommen und dann die inneren Anleihen. Entweder Eichhoff anweisen, dass der Avenol entsprechend informiert (Also zuerst Kredit und erst dann, wenn Krone auf den ruhigeren Kurs gebracht wird: innere Anleihe). Telegramm genehmigt.</p> <p>Grünberger bittet, einen Passus aufzunehmen: Mehr Heranziehung der eigenen Rente.</p> <p>Grimm: Ermächtigung des Ministerrats, dass entweder Resch oder Brauneis als Vertreter der Regierung im Finanzkomitee des Völkerbundes.</p>
<p>Grimm: Schreckliches Gedränge wegen Personal im Finanzministerium. Im Finanzkomitee des Völkerbundes werden wir auch einen Vertreter haben müssen. Ich erbitte die Ermächtigung, dass ich als Vertreter der Regierung entweder Brauneis oder Reisch betraue. Es muss ein Bankfachmann sein. Im äußeren Ausschuss wird das ...</p>	
<p>Wengraf: Regierungsrat. Titel aus - - der Pension. Genehmigt.</p>	<p>Dr. Wengraf: Angenommen.</p>

Grünberger: Heute oder die Mitella an Mächte herantreten. Den Versorgungsstand in den Erholungsheimen der Mitella. Das begünstigte ... zukommen zu lassen. Das ist eine ungeheure den Staatsbeamten gewährte Unterstützung. Sechs Erholungsheimen mit 1150 Kronen 300 Kilogramm Feinmehl (45.000 Feinmehl, 30.000 Brotmehl) 40 Kronen pro Kilogramm. $75.000 \times 40 = 3$ Millionen.

Schluss: 8:00 Uhr

[21]

MRP Nr. 65 vom 30. März 1921

Beilage zu Punkt 1, Bundesministerium für Inneres und Unterricht, ohne Zahl;
Telephondepesche der Grenzschutzleitung Wr. Neustadt, betreffend die Reise des Exkaisers
Karl nach Ungarn

Beilage zu Punkt 2, [Bundesministerium für Handel, Gewerbe, Industrie und Bauten], ohne
Zahl; Ministerratsvortrag (3 ½ Seiten): Vorschlag der französischen Regierung auf
Kompensationsweise Einfuhr von Saarkohle nach Österreich; Meldung an den Herrn
Bundesminister betreffend Saarkohle vom 23. März 1921 (3 Seiten)

Telephondepesche

der Genl. Grenzschutzleitung Wr. Neustadt vom 30. März 1921,
6 Uhr 45 Minuten abends.

Der Bezirksinspektor Paulitschke aus Hartberg meldet: Am 26. März 1921 um $\frac{1}{2}$ 5 Uhr nachmittags fuhr ein Auto aus Neunkirchen mit dem Erkennungszeichen B-XIV/7, welches vom Chauffeur Josef Schlederer (Reisepass der Bezirkshauptmannschaft Neunkirchen Nr. 1199) geleitet wurde, durch Sinnersdorf. Der diensthabende Patrouilleleiter Nemetz kontrollierte das Auto, in dem sich der ihm persönlich bekannte Graf Thomas Erdödy und ein zweiter Herr befand. Letzterer wies sich mit einem englischen Reisepass aus, welcher auf Wilhelm Codo vom Roten Kreuz lautete. Der Patrouilleleiter fragte den Grafen Erdödy, wohin die Reise gehe, worauf dieser als Reiseziel Rothenturm bezeichnete, woselbst Graf Erdödy ein Schloss besitzt. Da alles in Ordnung war, wurde die Weiterfahrt gestattet.

Das Auto fuhr bis Pinkafeld, kehrte dann um und fuhr leer nach Oesterreich zurück. Im Gasthause Lehner im Pinkafeld speisten Graf Erdödy und sein Begleiter, worauf sie mit Pferdegespann die Reise nach Rothenturm fortsetzten.

Nach Beendigung der Fahrt fragte der Begleiter des Grafen Erdödy den Kutscher, ob er wisse, wen er geführt hat. Auf die verneinende Antwort des Kutschers erwiderte er "den Kaiser Karl". Für die Fahrt von Pinkafeld bis Rothenturm wurden 100 Frank gezahlt.

Die Grenzschutzleitung meldet hierzu noch, dass der Aufenthalt des Exkaisers Karl im Steinamanger einwandfrei festgestellt ist und dass unverbürgten Gerüchten zufolge heute abends in Ungarn die Militärdiktatur ausgerufen werden soll. An der Grenze herrscht Ruhe.

Herrn Bundeskanzler Dr. Mayer,
Herrn Bundesminister Dr. Glanz,
Herrn Polizeipräsidenten Schöber,
Bundesministerium für Aeusseres,
Abteilung 5,
Abteilung 15.



Betreff:

Einfuhr von Saarkohle
nach Österreich.

Pkt. 2.)

30/2
A

MELDUNG an den Herrn BUNDESMINISTER !
.....

Wie in meinem Berichte vom 23.d.Mts. ein-
gehend ausgeführt wurde, ist der Bezug von Saarkohle
für Österreich aus folgenden Gründen un-

würde die
ein unfreund

den haben
lt dem
Öster-
schen Kohle,
nge der
rgung Öster-

rsverhält-
hle aus
Ruhr- und
Gegen-
ie Ver-
nsbesondere
kleine
en können,
g von
nd die

./.

(Pkt. 2.)

5

Betreff:

Einfuhr von Saarkohle
nach Österreich.

Pkt. 2.7 - 

MELDUNG an den Herrn BUNDESMINISTER !

Wie in meinem Berichte vom 23.d.Mts. eingehend ausgeführt wurde, ist der Bezug von Saarkohle für Österreich aus folgenden Gründen dermalen untunlich.

1. ~~Seitens des Deutschen Reiches~~ wurde die Erwerbung von Saarkohle durch Österreich als ein unfreundlicher Akt ~~Österreichs~~ ^{gegenüber Deutschland} angesehen werden.

Ganz abgesehen von sonstigen Gründen hat Österreich das größte Interesse daran, sich mit dem Hauptlieferanten der für die Kohlenversorgung Österreichs maßgebenden Kohle, ~~der~~ ⁱⁿ der oberschlesischen Kohle, nicht zu verfeinden, denn jede Störung im Bezuge der oberschlesischen Kohle, ~~müßte~~ ^{würde} die Kohlenversorgung Österreichs aufs ernsteste gefährden.

2. Infolge der ungünstigen Verkehrsverhältnisse ^{in Österreich} ~~war~~ bereits seit jeher der Bezug von Kohle aus den westlich ^{v. i.} deutschen Gebieten, ~~also~~ ^{ganz} aus dem Ruhr- und Saarreviere, nur im beschränkten Masse möglich. Gegenwärtig ⁱⁿ sind aus den verschiedensten Gründen die Verkehrsschwierigkeiten an den Grenzübergängen, insbesondere ⁱⁿ Passau und Salzburg noch vermehrt, so daß nur kleine Mengen auf diesem Wege nach Österreich gelangen können, zumal bereits der ^{normaler} ~~gegenwärtig~~ erfolgende Bezug von monatlich 15.000 t mitteldeutscher Briketts und die

.1.

bevorstehende Lieferung von monatlich 35.000 t Ruhrkoks für die Alpine Montangesellschaft diese Strecke nahezu zur Gänze in Anspruch nehmen werden.

Im besonderen ist der ^{Mal nur} Vorschlag der französischen Regierung nach Österreich Saarkohle gegen die Lieferung von Holzschliff und Zellulose zu liefern, ^{ausblaugen, negative für die Holzschliff- und Zellulosefabrikation} aus folgenden Gründen: ~~unannehmbar~~; Nur allem würde kein ←

1.) Beim Bezuge von Saarkohle würde Deutschland sofort die gegenwärtige ~~aus Anlaß des Verzichtes auf den Bezug von Saarkohle eingeleitete~~ Lieferung von monatlich 6.000 Tonnen niederschlesischer Steinkohle und 15.000 t mitteldeutscher Briketts einstellen, ohne daß Österreich infolge der oben geschilderten Verkehrsschwierigkeiten die Gewähr hätte, größere Mengen von Saarkohle nach Österreich bringen zu können. ^{Nutzungsb würde} Hiezu käme die Gefahr, daß Deutschland ^{auf} bei der Lieferung oberschlesischer Kohle Schwierigkeiten machen könnten. Weiters würde ab ←

2.) Als Preis der Kohle ⁱⁿ ~~würde jener Preis~~ genannt, ~~den~~ Deutschland für die Lieferung seiner Kohle von Frankreich erhält. Dieser Preis ^{betrifft sich auf} beträgt ~~um~~ den deutschen Inlandspreis vermehrt um 2 Goldmark für die Tonne. Da eine Goldmark heute 2.150 K beträgt, ^{bedeutet} bloß der Zuschlag von 2 Goldmark ~~allein~~ eine Erhöhung des Preises um 43.000 K. pro 10 Tonnen; dieser Zuschlag allein ^{überschreite} ist ~~daher bereits schon~~ ^{den für} größer als die oberschlesische Kohle ⁱⁿ Österreich jetzt ~~kostet~~. in bezahlendem Preis, ganz abgesehen davon, ←

Hiebei wird bemerkt, daß die Saarkohle von Privat-Händlern schon wesentlich billiger angeboten wurde, ^{sei} und zwar mit etwa 45.000 K loko Grube. Schließlich sei die ←

3.) Die Lieferung von Holzschliff ~~ist~~ in den verlangten Mengen von 3.000 t monatlich gänzlich unmöglich,



da die gesamte österreichische Produktion bloß 3.300 t monatlich ^{beträge, wovon} und ^{abgezogen sei} hievon der Eigenbedarf der Papierfabriken mit 1.800 t ~~beträgt~~, so daß für die Ausfuhr bloß 1.500 t zur Verfügung stehen können. ^{würden.}

Da die Betriebe mit Wasserkraft arbeiten, ^{ist keine} ^{und hohe Beanspruchung} die Produktion ~~von~~ der Kohlenversorgung ~~unabhängig~~ und ~~kann~~ ~~daher~~ auch nicht gesteigert werden.

Hinsichtlich der Zellulose ^{sei} ist zu bemerken, daß in Österreich im Allgemeinen Mangel an Zellulose herrscht und ^{das} ~~sogar~~ Zellulose aus der Tschechoslowakei ^{noch} eingeführt werden muß. Nur eine einzige Fabrik ~~The Kellner Partington Paper Pulp Company Limited~~ in Hallein, die einer norwegischen Firma gehört und mit amerikanischer Kohle arbeitet, exportiert ~~auf~~ Grund eines Übereinkommens $\frac{2}{3}$ ihrer Produktion, während sie $\frac{1}{3}$ inländischen Papierfabriken zur Verfügung stellen muß.

^{Die} Auch Preise, die von Frankreich geboten werden, ^{sein} ^{übrigens} könnten nicht angenommen werden, da sie niedriger sind, als die im Export bereits erzielten Preise. Während für Holzstoff ^{von Frankreich} ein Preis von 30 K geboten wird, ^{erzielt man dort} wird ein Ausfuhrpreis von 35 - 40 K für 1 kg erzielt; der angebotene Preis für Zellulose beträgt 50 bzw. 62 K für 1 kg, während im Export ein Preis von 70 - 80 K bereits erzielt würde.

Aus allen ^{dieser} ^{sei} angegebenen Gründen ist das Anbot nicht annehmbar. Es muß vielmehr, neuerdings betont werden, daß eine Behebung des Kohlenmangels in Österreich nur durch erhöhte Kohlenlieferungen aus der Tschechoslowakei und Oberschlesien erreicht werden könne.

In diesem Sinne ^{worden} wurde das Ministerium für Äußeres ersucht, in seiner Antwortnote ^{dafür einzuwirken} darauf hinzuweisen, daß die französische Regierung ^{es} ^{es möge} erwirken möge, daß Österreich die er-



(Oberflutlifer)
forderliche Mehrmenge von mindestens 200.000 t Kohle
aus Oberschlesien zur Verfügung gestellt werden

Wien, am 30. März 1921.

Kron



ad 2.1) 3/2.

M e l d u n g

an den Herrn Bundesminister betreffend S a a r k o h l e .

Oesterreich hat seit jeher in den westlichen Ländern sowohl für die Bahnen wie für die Industrie, Gaswerke und für die Bevölkerung Kohle aus dem Saarreviere bezogen. Auch während des Krieges wurden monatlich größere Mengen geliefert. Unmittelbar mit dem Umsturze und der Besetzung des Saargebietes durch Frankreich sind die Lieferungen zur Einstellung gelangt und sind unsere wiederholten Bemühungen, Kohle von dort zu beziehen, mißlungen.

In der letzten Zeit wurde ich jedoch von mehreren Seiten darauf aufmerksam gemacht, daß Saarkohle nunmehr erhältlich sei. Sowohl private Firmen wie auch halb offizielle französische Stellen haben Anbote auf diese Kohle gemacht. Ich habe daher zu Beginn dieses Monats die Absicht gehabt, zur Hebung der Industrie Kohle aus dem Saarreviere zu erwerben und bin daher vor 3 Wochen zunächst nach Berlin gereist um mich von hier nach Saarbrücken zu begeben. An der Reise hat ein von der Industrie namhaft gemachter Vertreter teilgenommen.

In Berlin wurde ich vom Berliner auswärtigen Amte im Wege unserer Vertretung wie auch vom Reichskohlenkommissar auf das Dringendste ersucht von dem Ankaufe von Saarkohle vorläufig bis auf weiteres abzusehen. Es wurde ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß die Erwerbung von Saarkohle durch Oesterreich als ein unfreundlicher Akt Oesterreichs gegenüber Deutschlands angesehen werden müßte.

Die Gründe sind folgende: die französische Regierung hat im Saarreviere, in dem im allgemeinen die Markwährung gilt, den Berg-



000006

arbeitern die Löhne in Francs gezahlt, wodurch einerseits eine besondere Bevorzugung einer Klasse der Bevölkerung und eine gewisse Beunruhigung in der Bevölkerung erzeugt wurde, andererseits die Preise der Saarkohle naturgemäß wesentlich gestiegen sind. Hierzu kommt ferner folgender Umstand: Deutschland ist bekanntlich verpflichtet an Frankreich monatlich große Mengen von Kohle aus dem Saarreviere abzutreten. Die Höhe dieser Mengen soll nach der Forderung Frankreichs gegenwärtig noch mehr gesteigert werden als sie im Spaas-Abkommen festgesetzt ist, obgleich Frankreich bereits großen Ueberfluß an Kohle hat. Dieser Ueberfluß ist bereits derart, daß Frankreich für die in den eigenen Ländern insbesondere auch im Saarreviere produzierte Kohle keinen Absatz hat. So sind im Saarreviere gegenwärtig bereits zwei Feierschichten in der Woche bei den Bergbauen eingelegt. Frankreich hat daher das begreifliche Interesse die eigene Kohlenproduktion in das Ausland insbesondere auch nach Oesterreich abzusetzen und zwar womöglich unter Aufrechterhaltung der hohen Preise und ohne Schmälerung der Lieferverpflichtung Deutschlands. Das deutsche Interesse geht hingegen dahin, dadurch daß Frankreich seine eigene Kohlenproduktion nicht absetzen vermag, zu erwirken, daß einerseits Frankreich geneigt ist die Kohlenpreise im Saarreviere herabzusetzen und andererseits seine Kohlenforderungen Deutschland gegenüber zu mildern.

Der Reichskohlenkommissar in Berlin hat diesen Standpunkt mir gegenüber offen dargelegt und nachdrücklich gewünscht, daß Oesterreich den Bestrebungen Deutschlands hierbei nicht in den Rücken falle, wobei er sichtlich mit einer gewissen Absicht auf die für uns so wichtigen Lieferungen aus Oberschlesien und auf die gewissen Schwierigkeiten beim Transporte der Saarkohle durch Deutschland hinwies.

Auf Grund längerer Verhandlungen hat schließlich der Reichskohlenkommissar uns als Ersatz für den Oesterreich entgehenden Bezug von Saarkohle die monatliche Lieferung von 6.000 Tonnen niederschlesische Steinkohle und 15.000 Tonnen mitteldeutscher Briketts



000007

10

(Ilse-Briketts) zuerkannt und gleichzeitig die bindende Zusage gemacht für den Fall des für Deutschland günstigen Verlaufes der Abstimmung in Oberschlesien das gegenwärtige Kontingent oberschlesischer Steinkohle namhaft zu erhöhen. Hingegen habe ich die Verpflichtung übernommen, bis auf weiteres die Einfuhr von Saarkohle nach Oesterreich ^{nicht} zu gestatten.

Aus diesem Grunde habe ich die ursprüngliche Absicht durch die Kohleneinfuhr-Gesellschaft eine größere Menge von Saarkohle kaufen zu lassen, fallen gelassen und jedes sonstige Ansuchen um Einfuhrbewilligung von Saarkohle abgelehnt. Hiebei möchte ich bemerken, daß unser Verzicht auf die Erwerbung von Saarkohle für Oesterreich eine durchaus nicht drückende Verpflichtung bildet, denn die Transportverhältnisse vom Saarreviere an die österreichische Grenze und in weiterer Folge von dieser nach Inner-Oesterreich sind derart ungünstig, daß man beim Transporte dieser Kohle selbst den besten Willen und die volle Unterstützung aller beteiligten Eisenbahndienststellen vorausgesetzt, immer wieder mit Verkehrsstörungen zu rechnen hat, sodaß besten Falles nur kleine Mengen von Saarkohle nach Oesterreich gelangen könnten, die eine Linderung der Kohlennot in Oesterreich herbeizuführen nicht ^{geeign} ~~geeign~~ wären. Eine Behebung der Kohlennot Oesterreichs kann nur durch erhöhte Lieferungen aus der Tschecho-Slowakei und Oberschlesien erzielt werden.

Wien, am 23. März 1921.

